

Diese Wochenschrift
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag
in einem Bogen in der Buchdruckerei der
Gebr. Scharf für den vierteljähr. Pränu-
merationspreis von 7 Sgr. 6 Pf.



Ämtliche und Privat-Anzeigen
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für
die breitgedruckte Zeile in gewöhnlicher
Schrift bis spätestens Dienstag früh 7 Uhr
erbeten.

Der Laubanner Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift
für Stadt und Land.

Motto: Fürchtet Gott! Ehret den König! Liebet die Brüder!

No. 6. **Mittwoch, den 4. April** **1849.**

Kurzer Bericht

über die Wirksamkeit des hiesigen
Vereins für Gesetz und Ordnung.

Verhandelt Lauban, den 21. März 1849.

Die heutige Sitzung wurde vom Vorsitzenden auf die gewöhnliche Weise um 7 Uhr eröffnet und zunächst das Protokoll der letzten Sitzung vorgelesen. Da keine Einwendung erfolgte, wurde dasselbe in gewöhnlicher Weise vollzogen. Aufnahme neuer Mitglieder. Hierauf erinnerte der Vorsitzende an den 18. März, als den Tag, an welchem Sr. Maj. der König die großen, denkwürdigen Verheißungen gegeben, welche der 5. Decbr. v. J. in der Verfassung zur schönen Erfüllung gebracht habe. Er knüpfte an diese Erinnerung den andachtsvollen Wunsch, daß die Unglücklichen, welche an jenem Tage als ein Opfer unseliger Conflicten gefallen wären und uns die Schrecken und Greuel eines zerstörenden Bürgerkrieges in der Nähe gezeigt hätten, die letzten Opfer eines so unheilvollen, unnatürlichen Zwistes sein möchten. Der Vorsitzende knüpfte hieran die Vorlesung einer kurzen Erinnerung, welche ein Vereinsmitglied in passender Weise dem denkwürdigen Tage gewidmet hatte. Die Schrift selbst wird den Acten des Vereins beigelegt. — Syndicus Neitsch las

hierauf die von der in der letzten Sitzung ernannten Commission revidirte Adresse an die hohe Kammer bezüglich einer Abänderung der Habeas-Corpus-Acte nochmals vor. Sie wurde vom Vereine durchweg genehmiget und deren rechtbaldige Absendung beschloffen. Demnächst wurde vom Vorsitzenden der vom hiesigen Vereine für volksthüml. Verfassung an den Verein für Gesetz und Ordnung gerichtete offene Brief vorgetragen. Nachdem der Vorsitzende sein tiefes Bedauern darüber ausgesprochen hatte, daß der Verein für volksth. Verfassung es für angemessen erachtet habe, eine so verletzende, rücksichtslose Form zu einer öffentlichen Ansprache an den Verein für Gesetz und Ordnung zu wählen, da doch die dem Briefe zum Grunde gelegte Adresse an das Staats-Ministerium nichts weiter enthalte, als die pflichtmäßige Berichtigung eines von einer andern Seite her über die politische Richtung des diesseitigen Kreises öffentlich und vor der erwähnten Staatsbehörde ausgesprochenen Urtheils, trug er zugleich das von dem Ministerium in Folge der erwähnten Adresse an den diesseitigen Verein erlassene Rescript vor. Dieses Rescript wird ebenfalls den Vereinsacten beigelegt.

Hierauf nahmen mehrere Vereinsmitglieder das Wort über diesen Gegenstand und sprachen sich dahin aus: daß der Verein den offenen Brief aus vorliegenden Gründen nicht unbeantwortet lassen könne.

Man war mit diesem Vorschlage allgemein einverstanden. Demgemäß trug Coll. Dr. Prüfer eine Beantwortung resp. Beleuchtung des offenen Briefes vor, und man beschloß, sie in einem entsprechenden Auszuge dem gegenwärtigen Protocolle einzuverleiben. Der Redner sprach im Wesentlichen Folgendes:

„Das offene Schreiben, womit der hiesige Verein für volksthüml. Verfassung unterm 12. d. Mts. uns zu überraschen befunden hat, leidet in der That an mehr als einer Stelle an breiter Offenheit. Nachdem wir nämlich einleitungsweise als echt constitutionelle Männer gerühmt, als die persönlichen Verwirklichungen aller Bürgertugenden gepriesen — und sogar einer bloßen Gelegenheitschrift von uns die Unvergänglichkeit zugesichert worden, — zeigt sich im „offnen“ Schriftwerk die erste offene oder leere Stelle. Denn alsbald wird uns auf das allerverständlichste angedeutet, daß der volksth. Verein im Vorausgegangenen nichts gesagt, nur phantasirt haben will. Da jedoch diese Ironie nur abbricht — oder aufhört sonder Ende und Ziel, so erscheint sie nicht minder stumpf, als die uns weiterhin entgegengehaltene „demokratische Gesinnung.“ Denn nach einem neulichen selbsteignen Protocoll (Laub. Anz. v. 21. Febr.) herrscht innerhalb und außerhalb des volksthüml. Vereins mehrfältig annoch — gradehin „Unwissenheit,“ also eine demokratische Gesinnung ohne Wissen, eine Gesinnung ohne Sinn, — also vollends ohne jede Ahnung, daß alle Demokratie, sobald ihr Sinn sich abklärt und ausführen will, vor der Demokratie selber, d. h. vor ihrer eigenen Vernichtung, sich nicht zu retten vermag. Sie bleibt ein Gegenstand des bloßen Einbildens, ganz wie die Kraft jenes unangebrachten Ironisirens.

Demselben Gebiet gehört dann auch noch die beschränkte Auffassung unsers Motto's an. Weil dasselbe in seinem **Dritten** Theile Liebe zu den Brüdern fordert, so sollen wir gehalten sein, Alles in eine offenste Liebe aufzunehmen. Aber nach den klaren, vom volksth. Verein leichtfertig übergangenen Vorder- und Hauptsätzen unsers Motto's: Fürchtet Gott und Ehret den König war Niemand befugt, unsre Brüderlichkeit zu beanspruchen, der nicht mit uns die **Ehrfurcht gegen das gesetzliche Monarchenthum von Gottes Gnaden** in Wort und That zu wahren und zu verbreiten entschlossen ist. **Bis** daß in dieses Grundprinzip und seine vollen Konsequenzen der volksth. Verein seine Volksthümllichkeit setzen zu wollen unzweifelhaft nachweist, müssen wir die angemuthete Brüderlichkeit ohne alle Ironie zurückweisen.

Doch eben auch der volksth. Verein bricht jetzt

ab vom bloßen Phantasiren — zu einem „ernsten Wort“ an uns. Und hier erklärt er schon das bloße Erstehen unsers Vereins für Gesetz und Ordnung als ein schweres Wagniß — als einen Hohn der Stadt, erklärt ferner den abgeordneten einfachen Ausdruck unsrer gesetzlichen Tendenz für eine Brandmarkung der großen Mehrheit der hiesigen Bevölkerung, — und darnach für eine ausdrückliche Provokation zu einem „offnen“ Kampfe!

Das ist eine mehr als ernste Sprache! Da wird er nun wohl auch Hohn und Brandmarkung abzukämpfen — die entschlossensten Veranstaltungen treffen? Aber nein! Das „offne“ Schriftwerk zeigt hier seine zweite urplötzliche Abgebrochenheit, eine neue offene leere Stelle, die er mit einer stillen Betrachtung ausgefüllt haben mag. In ernster Erwägung nämlich der Erfolglosigkeit von dem vielen Versichern über Lug und Druck und beabsichtigte Volksverdummung der vormärzlichen Regierung, ferner von den nachmärzlichen Empfehlungen der republikanischen Staatsform, dann von den gesetzwidrigen Veranstaltungen zu einer Steuerverweigerung und zu einer bewaffneten Erhebung wider das Ministerium Brandenburg, — in Erwägung von mancherlei solchen theils protokolirten, theils unprotokolirten Verfehltheiten, — und schließlich im Kummer über die raschen Erfolge einer vermeintlichen Reaktion — hält der volksth. Verein jenen Kampf mit uns für so über alle seine Kräfte schwierig, daß ihm sofort aller Muth entfällt, daß er, jemals Adressen zu verfassen, durchaus sich versagt, grade während er noch das eben in Rede stehende „offne Schreiben“ an uns thatsächlich verfaßt und vor seinen „offnen“ Augen hat, — daß ihm also Hören und Sehen und mehr noch vergeht, daß er seine letzte Befriedigung darin findet, sich hinweg zu phantasiren in eine öde Vereinsamung, wo man schweigend schweigsame Leichensteine setzt und — keinen Kampf kämpft.

Also hat sich der volksth. Verein vereinsamen und von uns scheiden wollen, hat also auch die ganze „soveräne Verachtung“ mit sich fortgenommen, — und ich denke, daß wir ihm dieselbe gönnen und ungeschmälert belassen können.

Hierbei wollen Sie zugleich aus der uns bewiesenen gegnerischen Aufmerksamkeit entnehmen, welche Wichtigkeit man unserm Wirken und nicht mit Unrecht beilegt, — ein Wirken übrigens, das schon vor dem 5. December mittelst des hierorts erschienenen — eben so sehr angefeindeten als andererseits unterstützten Organs für konstitutionelles Königthum eingetreten war. Und solches Wirken für

vernünftige Freiheit und Recht müssen wir auch fernerweit für den unerläßlichen Beruf jedes Rechtsschaffnen halten, — zumal in einer so schweren Zeit, wo nach langjährigem Bröckeln an den Beständen der religiösen und der staatlichen Welt urplötzlich ein gänzlich Zerfallen drohen wollte, — wo es also hohe Aufgabe wird, die Gewißheit immer überzeugter zu haben, daß Kirche und Staat auch schon vor dem spekulativen Märzmonat des verfloßenen Gnadenjahres wahrlich nicht vernunftlos, daß unsre civilisirte Welt nicht gottverlassen gewesen, daß also jeder staatliche Umbau, welcher in der That ein vernünftiger Fortschritt sein soll, nur auf dem Boden der bestehenden Ordnung und auf gesetzlichem Wege, gewiß aber niemals mittelst chaotischen Revolutionirens zu geschehen hat.

Des zum Zeugniß erinnere ich auch an das unselige Thun unsrer vorjährigen Nationalversammll. Sie wollte die Aufgabe haben, einer angeblichen kläglichen Freiheitslosigkeit des preussischen Volks durch ein gründliches Revolutioniren gründlich abzuhelfen. Ist aber von solcher Wohlthat durch das ganz ungestörte Berathen und Beschließen vom 25. Mai ab bis zum 8. Novbr. dem Volke irgend etwas fühlbar geworden? Haben die bekannten drei Gesetze einen andern Erfolg gehabt als den, daß, wenn sie nicht vorhanden wären, nur eben die ungezählten Petitionen um deren schleuniges Abändern nicht erst hätten geschrieben werden dürfen? Und warum revolutionirte die preussische Nat.-Vers. nicht umfänglicher? Weil es in der That nichts zu revolutioniren gab und giebt bei dem in der That nicht unfreien preussischen Volke!

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Preußens edelste Frucht aber ist grade dies große, grade in so erschütternden Wirren immer mehr zu erkennende Ergebnis des preuß. Staatslebens, daß unser Land eben kein Boden zum Revolutioniren, daß unsre Gesetzgebung im Interesse wahrhaften Fortschritts nur einer gesetzlichen Fortbildung fähig ist. Diese beruhigende Ueberzeugung über Stadt und Land immer verbreiteter und so die Liebe zum angestammten Königshause, zum Vaterlande, zur vaterländischen Gesetzgebung immer überzeugter zu machen, — **das ist heute der wesentliche Sinn** der Wirksamkeit eines Vereins für Gesetz und Ordnung. Und ein solcher Verein muß für Stadt und Kreis — nicht ein Hohn, sondern ein wahrhafter Segen werden.

Wenn aber weithin, wo Stadt und Kreis minder gekannt sind, die Anschuldigung eines durchgängigen Strebens für Demokratie, ja für Republik und

Anarchie, — die Anschuldigung ferner eines durchgängigen Mangels an Muth, so bösen Bestrebungen entgegenzutreten, öffentlich verbreitet wird; dann hat ein solcher Verein auch die unerläßliche Pflicht, von der Thatsache seiner Existenz und Tendenz auch vor der höchsten Staatsbehörde Zeugniß zu geben. Und ein Weiteres ist, wie die klaren Worte unsrer angegriffenen Adresse vom 26. Febr. besagen, von uns durchaus nicht geschehen. Nur wer da schweigt — solchen Anschuldigungen gegenüber, wie denn der volkstch. Verein schweigjam blieb, wird verdächtig — oder verdächtigt vielmehr durch sein Schweigen sich selber.

Also, meine Herren: Wenn wir mit unsrer Adresse thaten, was wir dem angeschuldigten Kreise zu thun streng verpflichtet waren, so haben wir für jetzt ein Weiteres nicht zu thun, als über die erörterte grundlose Anfeindung des hiesigen volksthüml. Vereins — einfach zur Tagesordnung überzugehen.“

Es wurde noch (von einem anderen Vereinsmitgliede) eine Beantwortung des offenen Briefes vorgetragen und sodann, nachdem noch vorher eine Aufforderung des constitutionellen Wahlcomités für die Provinz Schlesien nebst einem Entwurfe zu einer Organisation der constitutionellen Partei in Schlesien von dem Vorsitzenden mitgetheilt und dem Vereinsvorstande, das Weitere in dieser Angelegenheit zu veranlassen, übertragen worden war, zur Tagesordnung übergegangen. Pastor Käuffer hielt einen Vortrag über §. 11 der Verfassungs-Urkunde. Ein Auszug desselben soll dem Protocoll beigelegt werden. Hierauf folgte die politische Rundschau über die Ereignisse der letzten Woche — durch Conr. Haym. Nachdem der Vorsitzende die Subscriptions-Liste für die Familie des Generals Auerwald auslegte, theilte er dem Vereine zugleich mit: daß diese Angelegenheit unter der Adresse: National-Subscription für die Hinterbliebenen Auerwalds Portofreiheit genieße. Zum Schluß ergriff noch Gen. Lieut. von Klinkowström das Wort und erinnerte an den morgen bevorstehenden Geburtstag des Prinzen von Preußen, hob die Verdienste desselben um den Staat hervor, und sprach sein Bedauern darüber aus, daß derselbe im vorigen Jahre so schwer verkannt und gekränkt worden. Der Vorsitzende brachte hierauf Sr. Königl. Hoheit ein dreimaliges „Hoch“ aus, in welches die Versammlung mit freudiger Begeisterung einstimmte.

Die nächste Sitzung wurde auf den 31. März e. festgesetzt und hiermit die heutige geschlossen.

Zeitereignisse.

Inland.

Berlin. In der 14. Sitzung der ersten Kammer wurde der Antrag in Bezug auf die gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, dem nach dem Ausschussbericht allerdings Folge zu geben sey, in Folge der Erklärung des Ministers, daß Gesetze über Landrentenbanken und über die unentgeltliche Aufhebung von Abgaben und Lasten in 8 — 14 Tagen vorgelegt werden, zurückgezogen. Der Antrag, betreffend die Noth der Spinner und Weber wird einstimmig zur näheren Erwägung in die Abtheilungen verwiesen. Der Antrag von *Leue*, Entwurf zu einem Gesetz über die Gerichtsverfassung und Entwurf zu einer Criminalprozessordnung wird zur Benutzung den Abtheilungen überwiesen. Die Interpellation des Grafen *Dyhrn* über die deutsche Politik Preußens wird von dem Minister des Auswärtigen dahin beantwortet, daß Preußen nur auf dem angegebenen Wege der Verständigung fortgegangen sei.

In der 15. Sitzung werden 2 Dankadressen vorgelegt, die eine von einem Vereine aus Königsberg und 70 Ortschaften über die dem König überreichte Adresse, die andre von dem vaterländischen Verein zu Subrau, daß die gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse mit der Verfassung in die Hand genommen werden sollen. Hierauf kommt die Kammer zur Berathung der verschiedenen Anträge des Abg. v. *Schleinitz*, die Verfassung den Abtheilungen zur Vorberathung über die vorbehaltenen Revision zu überweisen. Hierzu sind verschiedene Verbesserungsanträge eingegangen. Der erste Theil des Centralausschusses hierüber wird angenommen. Es erfolgte nun der Bericht des Central-Ausschusses für den Antrag des Abg. *Bernuth*, betreffend die Wahl von 2 Berichterstattern über die vorläufigen Verordnungen vom 2. und 3. Januar c. Der Antrag des Central-Ausschusses: die hohe Kammer wolle den Antrag zum Beschluß erheben, wird angenommen. Es kommt hierauf der Antrag des Abg. v. *Rutte*, betreffend schleunige Gesetzesvorlagen zur Beseitigung der Ungleichheit in der directen Besteuerung, welcher aber

verworfen wird. Endlich erfolgt die Berathung des Antrages des Abg. v. *Schleinitz*, betreffend die Abänderung des §. 2. über die Errichtung der Bürgerwehr, daß von der Gemeinde-Vertretung die Errichtung der Bürgerwehr beanstandet werden könne, daß dieser Beschluß der Bestätigung des Verwaltungschefs des Regierungsbezirks bedürfe und daß in der Provinz Posen die Errichtung derselben vorläufig ausgesetzt bleibe. Der Antrag mit seinen Unteranträgen geht in die Abtheilungen.

In der 16. Sitzung wird der Antrag, betreffend die Sorge für die Auswanderung und die Kolonisation der Auswanderer, nicht unterstützt. Die Interpellation *Mildes*, rücksichtlich der Truppenanhäufung Rußlands längs der schlesischen Grenze, wird vom Minister des Auswärtigen dahin beantwortet, daß keine neuen Truppensendungen in neuerer Zeit erfolgt, daß es in Rußland Sitte sei, für den Sommer Lager einzurichten, daß das gegenseitige Vernehmen ein sehr gutes gewesen und daß, sollten endlich wider alles Erwarten die friedlichen Beziehungen zu Rußland gestört werden, wir durch Preußens treffliche Heere kräftigen Widerstand leisten würden. Hierauf wird der Antrag *Bornemanns*, betreffend die Verordnungen vom 2. und 3. Jan. und ihre vorläufige Genehmigung unter Vorbehalt der Abänderung event. der Ablehnung zur weiteren Erwägung in die Abtheilungen verwiesen. Die nun erfolgte Neuwahl eines Präsidenten gab als Resultat, daß v. *Auerswald* mit 141 von 146 Stimmen Präsident, v. *Wittgenstein* mit 85 St. erster und *Baumstark* mit 84 St. zweiter Vicepräsident wurde.

In der 16. Sitzung der zweiten Kammer wird der Abschnitt, welcher auf die deutsche Frage sich bezieht, berathen und von dem Minister des Auswärtigen der Einklang der verschiedenen Noten Preußens vom 23. Jan., 16. Febr. u. 10. März als der Einheit Deutschlands nicht hinderlich nachgewiesen. Die Debatte wird aber für die folgende Sitzung vertagt.

In der 17. Sitzung wird, nachdem mehrere Wahlen genehmigt worden, zur Debatte über die deutsche Frage übergegangen. Nach längerer Debatte für und gegen den Entwurf der Adresscom-

mission wurde derselbe mit einigen eingebrachten Zusätzen und Aenderungen angenommen.

In der 18. Sitzung kommt die beantragte Einberufung des Abg. Groneweg zur Sprache, und der Central-Ausschuß macht den Antrag: „die Untersuchungshaft desselben für die Dauer der Sitzung der Kammer aufzuheben und die Einberufung herbeizuführen.“ Hierauf geht die Versammlung zur Tagesordnung, zur Berathung des Adressentwurfes, betreffend die dänische Frage. Derselbe wird mit überwiegender Mehrheit angenommen, ebenso wird der Entwurf, betreffend den Verlust des Prinzen Waldemar, ohne Debatte einstimmig angenommen. Die durch Amendements angeregte Polenfrage wird ihrer Wichtigkeit halber, um sie in einer Adresse nicht nebenbei abzumachen, zurückgezogen. Auch die beiden letzten Absätze des Entwurfs, gegen welche der Abg. Schwarz spricht, weil sie pietistische und träumerische Ansichten entwickeln, werden mit großer Mehrheit angenommen. Somit ist die Adressdebatte geschlossen.

In der 19. Sitzung wird die berathene Adresse zur Abstimmung gebracht, 186 Abgeordnete stimmen dafür, 145 gegen die Adresse; Parisius und Rackrüggge enthalten sich der Abstimmung. Es werden nun durch das Loos 30 Mitglieder gewählt, um die Adresse Sr. Maj. dem Könige zu überreichen. Die früher angeregte Portofreiheit wird für alle Sendungen bis zu 5 Pfund angenommen; ebenso wird bestimmt, daß den Abgeordneten die stenographischen Berichte portofrei geliefert und das Ministerium ersucht werde, für die stenographischen Berichte die Portofreiheit zu gewähren. Endlich wird auf den Antrag des Berichterstatters und den Wunsch des Präsidenten die von der Kommission vorgelegte definitive Geschäftsordnung ohne Diskussion in Vorschlag und Bogen einstimmig angenommen.

Berlin, 29. März. Nach telegraphischer Depesche haben in Frankfurt am 28. März 290 Mitglieder für den König von Preußen gestimmt, 248 aber sich der Abstimmung enthalten. Das Bureau soll eine Deputation von 26 Mitgliedern ernennen, welche nach Berlin gesendet werden sollen. Der Ein-

druck dieser Wahl ist je nach der politischen Richtung, der man huldigt, ein verschiedener. Magistrat und Stadtverordnete haben beschlossen, die Deputation von Frankfurt Namens der Stadt zu empfangen und für die gastfreie Aufnahme Sorge zu tragen. So haben auch die Stadtverordneten beschlossen, dem vormaligen Reichsminister Heinrich v. Gagern in Anerkennung seiner wahrhaft patriotischen Bestrebungen und seiner warmen Hingebung für die heilige Sache des deutschen Vaterlandes das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 22. März. Der Welkersche Antrag auf Beschleunigung des Verfassungswerkes und Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an den König von Preußen hatte in ganz Deutschland freudige Erwartungen erweckt. Man erkannte überall, daß den schwankenden Umständen nur dadurch ein Ende gemacht, daß das deutsche Staatsleben nur dadurch wieder Halt gewinnen, daß nur dadurch eine wahrhafte Einheit vermittelt, nur dadurch ein kräftiges Aufwecken gegen das Ausland möglich gemacht werden könne. Von allen Enden jubelten die Herzen den Männern der Paulskirche entgegen: Glück auf, ihr werdet das Vaterland retten! — Das Vaterland ist noch nicht gerettet. — Gegen diesen Antrag hatten 42 Preußen in Verbindung mit den Oesterreichern und Baiern gestimmt.

In Frankfurt wird die zweite Lesung des Verfassungs-Entwurfs zur Abstimmung gebracht.

Frankfurt a. M., 28. März. Die erbliche Kaiserwürde ist Preußen übertragen und die Versammlung hat beschlossen, bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages versammelt zu bleiben.

Dresden, 28. März. Das von Eschirner und Genossen beantragte Mißtrauensvotum gegen das Ministerium ist vorüber; die äußerste Linke, von der es ausgegangen, hat wieder einen Bolzen umsonst abgeschossen. — In Leipzig sollen die drei aus der Schweiz abgesandten Aufwiegler festgenommen sein.

In Kassel ist in der Ständesitzung der Antrag gestellt, die österreich. Abgeordneten zu Frankfurt

nicht mehr als stimmberechtigte Mitglieder der deutschen Nat.-Versamml. anzuerkennen und sich und das hessische Land gegen die Folgen solcher Beschlüsse, die durch ihre Mitwirkung zu Stande kommen, zu verwahren.

In München hatte der König von Baiern eine Preisaufgabe zur Beantwortung gestellt, wie der Noth der ärmeren Klasse abzuhelfen sei. Es sind 700 Abhandlungen eingegangen von In- und Ausländern; jeder, selbst der Hirt, hat zur Lösung sein Scherstein beigetragen.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. März. Die Unterhändler in London sollen sich über die Friedensbasis im Wesentlichen dahin verständigt haben, daß Schleswig mit Dänemark vereinigt, provinzielle Selbstständigkeit behalte, daß die dänische Regierung daher auf ein Provisorium eingegangen, während welchem Schleswig durch eine vom Könige von Dänemark zu erwählende Regierung, von dänischen Truppen unterstützt, administriert werde. Man habe sich daher verpflichtet, mit den Feindseligkeiten nicht vor dem 3. April anzufangen, wenn nicht etwa fremde Truppen früher in die Herzogthümer einrückten.

Hamburg, 28. März. Heute benachrichtigte der englische Consul Hebler in London den preuß. Consul Oswald hieselbst, daß der Waffenstillstand mit Dänemark bis 15. April verlängert sei. Dänemark stellt die Feindseligkeiten bis 3. April ein, bis wohin der Courier von London mit dem Ultimatum erst zurück sein kann. Hoffentlich wird in der Zwischenzeit der Friede abgeschlossen sein.

Oesterreich.

Wien. Die Feindseligkeiten in Italien haben begonnen und Radetzki hat den Feldzug siegreich eröffnet; auch am 23. März hat die österreichische Armee bei Novara über die sardinische, einen glänzenden Sieg erfochten. Der König Karl Albert hat zu Gunsten seines Sohnes, des Herzogs von Savoyen, abgedankt.

Bem, obwohl geschlagen, hat durch eine kecke Flankenbewegung Herrmannstadt angegriffen; die schwache Besatzung der Russen zog sich zurück, während er, nach zweistündiger Plünderung,

Brandschakung und nachdem der Ort in Brand gesteckt war, die Stadt wieder verließ. Eine Verstärkung der Russen wird die Folge sein. Puchner soll durch Bem's zahlreiche Schaaren sehr gedrängt werden. Dagegen wird ein Sieg des Generals Barbo bei Alfo-Verdicka über 2000 Insurgenten berichtet.

Frankreich.

Paris, 21. März. Die Abstimmung über das Clubgesetz hat dem Ministerium einen Sieg mit 9 Stimmen absoluter Majorität gebracht. 378 Stimmen gegen 350 haben den ersten Satz des Regierungs-Entwurfs „die Clubs sind untersagt“ angenommen. Dieses Votum hat die Hoffnung der anarchischen Partei zerstört.

Italien.

Rom, 15. März. Eine neue Zuschrift des Papstes soll jetzt wirklich der Constituante die bevorstehende Intervention der katholischen Mächte angezeigt und sie aufgefordert haben, durch rasche Unterwerfung Blutvergießen zu vermeiden. Eine ähnliche Aufforderung sollen die Chefs der Nationalgarde erhalten haben. Man spricht von gemeinsamen Operationen Frankreichs, Spaniens und Neapels, während Oesterreich die Romagna auf sich nehme.

Friedrich Wilhelm IV.

(Fortsetzung.)

Es könnte zwar auf den ersten Blick scheinen, daß Jeder nur um seine eigene Religion sich zu kümmern habe und ihn das Verhältniß eines Andern zu Gott nichts angehe. Dies ist ganz richtig, wenn man unter Religion nur die Andacht des Herzens, deren Ausfluß das Gebet ist, versteht. In dieser Herzensandacht hat es der Einzelne mit Gott und nur mit Gott zu thun, und sich kein König und kein Kaiser dabei zu betheiligen. Aber die Volksreligion beschränkt sich nicht auf diesen einfachen Cultus eines Gott suchenden und in Gott seligen Herzens, welcher am besten im stillen Kämmerlein geübt wird. Der enge Kreis des Einzelnen erweitert sich allmählig zu einer Gemeinde, und die Gemeinde zu einer Kirche, mit gemeinsamer öffentlicher Lehre und Verehrung. Durch diese Gemeinschaft und Def-

fentlichkeit wird der Staat nothwendig berührt und gleichsam ein Staat im Staate gebildet. Und so hat kein Staat, weder ein heidnischer, noch ein christlicher, jemals die in die Oeffentlichkeit getretene Religion unbeachtet lassen können, sondern sich mit ihr in lebendige Wechselwirkung gesetzt. Ja der Staat mußte, wenn er auch nur eine große Polizeianstalt wäre, schon seiner eigenen Sicherheit wegen, von der Volksreligion Notiz nehmen. Denn die Erfahrung aller Jahrhunderte lehrt es, daß die Volksreligion den niedrigsten menschlichen Leidenschaften vielfach als Werkzeug und Deckmantel hat dienen müssen, und daß namentlich anmaßende Herrschsucht gerade das Göttlichste und Heiligste, da sie seine große Macht über die Gemüther wohl erkannte, für ihre profanen Zwecke, selbst auf Kosten des Staates, schlaue zu benutzen und auszubeuten gewußt hat. — Aber der christliche Staat ist kein bloßes Polizei-Institut; er ist, wie die Kirche selbst, eine große Bildungs- und Erziehungsanstalt der Menschheit. Beide haben, bei verschiedenen Mitteln, denselben letzten und höchsten Zweck, das Reich der Wahrheit und der Tugend, das Gottesreich auf Erden auszubreiten und fester zu gründen. Der Staat kann ohne die Kirche, die Kirche ohne den Staat nicht sein, was sie sein soll. — Von dieser Wahrheit waren vor Allen die Hohenzollerschen Regenten erfüllt und durchdrungen, fast ohne Ausnahme kirchlich-religiöse Fürsten und Menschen. Wem tritt hier nicht aus neuester Zeit der gottesfürchtige Friedrich Wilhelm der Dritte mit seiner unvergeßlichen Louise wie ein leuchtendes Zwillingsgestirn vor die Seele, welche beide in der Prüfungsschule der bittersten Leiden Gott suchten und fanden und dann bis an ihr Ende unwandelbar an ihm festhielten? (Fortsetzung folgt.)

Kirchen-Nachrichten.

A. In der Kreuzkirche:
Gründonnerstag, den 5. April, früh 8 Uhr, predigt
Herr Catechet Schmidt.

Nachmittags um 3 Uhr wird die von einem Verehrer des Kreuzes Christi gestiftete Passionsmusik aufgeführt.

Charfreitag, den 6. April.

Amts-Predigt: Herr Diae. Bornmann.

Nach der Predigt, allgemeine Beichte und Communion.

Nachmittags-Predigt: Herr Catechet Schmidt.

Oster-Sonntag, den 8. April 1849, früh 7 Uhr.

Amts-Predigt: Herr Diae. Bornmann.

Nachmittags-Predigt: Herr Catechet Schmidt.

Amts-Boche: Herr Diae. Bornmann.

Oster-Montag, den 9. April.

Amts-Predigt: Herr Catechet Schmidt.

Nachmittags-Predigt: Herr Diae. Bornmann.

B. In der Frauenkirche:

Amts-Predigt: Herr Archidiae. Jungling.

Für die Bertelsdorfer Kirchengemeinde predigt Hr. Archidiae.

Jungling.

Oster-Montag, den 9. April.

Amts-Predigt: Herr Archidiae. Jungling.

Für die Bertelsdorfer Kirchengemeinde predigt Herr Catechet Schmidt.

Auch wird an beiden Osterfeiertagen in der Kreuzkirche und in der Frauenkirche nach dem Vor- und Nachmittags-Gottesdienste die Collecte für die an den genannten Kirchen angestellten Herren Geistlichen an den Kirchthüren erhoben werden.

C. In der Waisenhauskirche:

Am Oster-Montag, den 9. April, Nachmittags um 3 Uhr, wird die von der im Jahre 1746 verstorb. Frau Rosine Grossin geb. Weiffen gestiftete Reformationspredigt von dem Herrn Diae. Bornmann gehalten.

Dienstag, den 10. April, Nachmittags um 5 Uhr, Andachtsstunde, Herr Diae. Bornmann.

Geboren.

Den 28. März dem Kupferschmidtgesellen Julius Stolz ein S., Carl Julius Eduard.

Gestorben.

Den 28. März des Bürg. u. Grundstücksbesizers Moritz Heidrich Sohn, Ernst Louis, alt 9 M. — Den 30. der Schuzmann u. Weber Carl Ehrenfried Späthe, alt 65 J. 1 M. 28 T. — Den 1. April der B. u. Kutscher Joh. Gottfried Trautmann, alt 49 J. 1 M. 4 T. — Dens. des Schuzmanns und Zimmerges. Carl Gottlieb Täschner Tochter, Charlotte Auguste, alt 3 J. 10 M.

Verichtigung.

In No. 5 des Lauban. Boten muß es S. 35. 3. 4 v. D. statt „auf“ heißen „aus.“ Eben so Seite 39. 3. 12 u. 14 v. D. statt „Durflängen“ — „Dreißflängen.“

Inserate.

Ganz gut gehaltene polirte und furnirte Meubles von Birkenholz, bestehend aus einem mit rothem Damast überzogenen Sopha und einem Duzend also überzogenen Stühlen, einem runden und einem Schenkische, sind zu verkaufen. Den Verkäufer wird die Redaction bezeichnen.

Gymnasial-Sache.

Das hiesige Gymnasium beginnt am **Dienstage**, den 17. April e., den **neuen Lehrcursus**. Demgemäß ersuche ich diejenigen geehrten Eltern und deren Vertreter, welche ihre Söhne oder Pflegebefohlenen der Anstalt jetzt zu übergeben gesonnen sein möchten, hiermit ergebenst, mir dieselben am **Montage**, den 16. April e., **Vormittags um 9 Uhr**, zur Prüfung resp. Inscription gefälligst vorstellen zu wollen.

Lauban, den 4. April 1849.

Der Director des Gymnasiums.
Dr. Schwarz.

Bekanntmachung.

Nach der am 1. April d. J. erfolgenden Aufhebung der Patrimonial-Gerichte bin ich zum **„Rechtsanwalt“** am hiesigen Königl. Kreis-Gericht und zum **„öffentlichen Notar“** im Bezirk des Königl. Appellhofes zu Glogau ernannt und sodann sowohl zur **Prozess- als Notariats-Praxis** berechtigt.

Lauban, den 20. März 1849.

Ullrich,

k. k. Justiz-Verweser.

Sitzung des Vereins für Gesetz und Ordnung**Sonnabends, den 7. April e., Abends Punkt 6 Uhr.**

Tagesordnung: Mittheilungen allgemeiner Art. Besprechung einer besondern Verwaltungsangelegenheit des Vereins. Vortrag über Art. 11 der Verfassung. Politische Rundschau.

Lauban, den 1. April 1849.

Der Vorstand.**Geld- und Fonds-Course**

vom 31. März 1849.

Holl. u. Kaiserl. Rand-Ducaten 96 Br.
Friedrichsd'or 113½ Br.
Louisd'or 112½ Br.
Poln. Courant 93¼ Br.

Oesterreichische Banknoten 83¾ Gld.
Staats-Schuld-Scheine pr. 100 Rthlr. 79¾ Br.
Gr.-Herz.-Posener Pfandbriefe 40 96½ Br.
dito dito neue dito 3½ 80¾ Br.
Schles. Pfandbr. à 1000 Rthlr. 3½ 90½ Br.
dito Litt. B. à 1000 Rthlr. 40 91¾ Br.
dito à 1000 Rthlr. 3½ 82¼ Br.
Neue poln. dto. 91 Br.

Laubaner Getreide- und Victualien-Preise
vom 1. April 1849.

Der Scheffel	Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
	Fl.	Sgr.	o.	Fl.	Sgr.	o.	Fl.	Sgr.	o.	Fl.	Sgr.	o.
Höchster	2	10	—	1	2	6	—	25	—	—	16	—
Niedrigster	2	1	6	—	28	9	—	20	—	—	14	—
Heu (durchschnittlich) à Centn.	17 Sgr. 6 Pf.			Schöprienfleisch à Pfund			2 Sgr. 6 Pf.					
Stroh (desgl.) à Schock	3 Thlr. 11 . 6 .			Kalbfleisch			—			1 . 6 .		
Rindfleisch à Pfund	2 . — .			Bier à Quart			— . 10 .					
Schweinfleisch —	3 . 4 .			Einfacher Korn à Quart 2½ Sgr.			Doppelter 5 Sgr.					

Semmelwoche: Herr Metzke auf der Brüder-Gasse. — Garküche: Herr Leuschner daselbst.

Redaction und Druck von den Gebr. Scharf in Lauban.